

terrichtshilfen bereitstellen, damit sie ihre spezifischen Lernschwierigkeiten ausgleichen können. Andererseits muß der Unterricht den ausländischen Kindern durch ein entsprechendes Angebot an muttersprachlichem Unterricht die Möglichkeit einer späteren Rückkehr in ihre Heimatländer offenhalten.

Die mit diesen Aufgaben verbundenen Schwierigkeiten sind sicherlich von den Kultusministerien allein nicht zu lösen. Darum begrüßen wir es, wenn die Regierung der Heimatländer uns bei der Lösung dieses Problems durch die Entsendung von Lehrkräften unterstützen. In jedem Fall muß aber sichergestellt sein, daß diese Lehrkräfte, solange sie bei uns arbeiten, ihre Tätigkeit im Rahmen des Grundgesetzes und der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland ausüben.

Die in jüngster Zeit von seiten der griechischen Regierung ausgehenden Versuche, in der Bundesrepublik Deutschland eine eigene Schulaufsicht aufzubauen und mit deren Hilfe die „Zuverlässigkeit“ griechischer Lehrer zu kontrollieren, weisen wir entschieden zurück. Wir werden alle Maßnahmen der Landesregierung unterstützen, die geeignet sind, die ausländischen Arbeitnehmer vor einem Eingriff in die im Grundgesetz verankerten Rechte zu schützen.

FDP: Gegen antidemokratische Beeinflussung

Die FDP-Landtagsfraktion wird stets darüber wachen, daß die Prinzipien einer freiheitlich-demokratischen Ordnung für jedermann durchgesetzt werden und gültig sind, der sich im Geltungsbereich des Grundgesetzes befindet. Dies ist ein Wesensmerkmal unserer freiheitlichen Verfassung. Auf die Einhaltung und Erhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien – darum geht es in dem vorliegenden Fall – haben die Freien Demokraten immer besonderen Wert gelegt.

Die gesetzlichen Bestimmungen lassen es nicht zu, daß es der Entscheidung von Vertretern ausländischer Regierungen überlassen bleibt, darüber zu entscheiden, ob Staatsbürger ihres Landes, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes befinden, in die Grundrechtsgarantie mit einbezogen werden oder nicht. Deshalb fällt es auch nicht in die Kompetenz ausländischer Regierungen oder deren Vertreter in der Bundesrepublik, Form und Inhalt sowie personelle Ausstattung des Schulunterrichts von Kindern ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zu bestimmen.

Zwar sollte sich die Bundesrepublik jeglichen Versuchs der Einmischung in die innere politische Struktur anderer Länder enthalten; sobald aber Bürger von Staaten, die nicht den Normen eines demokratischen politischen Systems entsprechen, auf dem Boden des Grundgesetzes im Sinne antidemokratischer Ideen beeinflußt werden sollen, widerspricht das dem Auftrag und der Intention des Grundgesetzes und muß deshalb energisch zurückgewiesen werden.

Porträt der Woche

Der Onkel und die Cousine, der Vater und natürlich auch der Sohn, wo man hinschaut: Apotheker. Dabei wollte Richard Fellmann eigentlich Jurist werden. Doch nach dem Abitur 1929 in Glatz, nach einer Lehrzeit in Köln und nach dem Studium an der Universität Bonn fand er sich im Familienberuf wieder: Apotheker. Mehr noch, der CDU-Abgeordnete hat aus dem Familienberuf Standespolitik gemacht. Seit 1951 ist er Präsident der Apothekerkammer Nordrhein, seit 1969 auch Präsident der Bundesapothekerkammer.

Fellmann ist der dienstälteste Abgeordnete dieses Parlaments. Seit 1950 gehört er dem Landtag ununterbrochen an, immer als Vertreter eines Direktmandates des Wahlkreises Euskirchen. Er hat in diesem Parlament mehr Minister kommen und gehen gesehen, als man an beiden Händen abzählen kann. Sein Anekdotenschatz von Christine Teusch über Wilhelm Johnen und Walter Möller bis zu Alfred Dobbert ist unerschöpflich und – bei seinem Humor – nie ermüdend. Aber bei der Landtagswahl 1975 will Richard Fellmann endgültig Schluß mit der aktiven Politik machen. Er wird dann 67 Jahre alt sein.

Wie kam dieser Mann zur Politik? Er ist katholisch. Das Zentrum, sagt er, war ihm zu eng. Konfessionspolitik ist nicht seine Sache, die Entscheidung für die CDU lag nahe, und zwar sofort als Gründungsmitglied 1945. An der NSDAP ist er mit „Taschenspielertricks“ vorbeigekommen. „Der Ton war mir von Anfang an zu rüde“, lange bevor aus dieser Partei ein unseiliges Gewaltregime wurde. Vor dem Kriegsdienst habe er sich „gedrückt“, erzählt Fellmann. Doch beim Wiederaufbau war er unverzüglich zur Stelle, zuerst als Amtsvertreter und Ratsherr, dann als Bürgermeister in Lechenich, später als Kreistagsmitglied in Euskirchen.

Im Landtag ist dieser Abgeordnete in den vielen Mandatsjahren in fast allen Sätteln gerecht geworden, im Verkehrsausschuß und im Gesund-



Richard Fellmann (CDU)

heitsausschuß, im Wasserwirtschaftsausschuß, im Landesplanungsausschuß, im Kulturausschuß und jetzt wieder im Verkehrs- und Sozialausschuß. Er meint, daß Politik im wesentlichen Ordnungspolitik und soziales Engagement sei, was man aber wiederum nicht mit Sozialismus verwechseln dürfte. Der berufliche Erfolg als Unternehmer hat ihn schon sehr früh in jeder Hinsicht unabhängig gemacht, eine wesentliche Voraussetzung, um Politik frei von Pressionen guter und falscher Freunde betreiben zu können.

Interessenkollisionen zwischen Beruf und Politik sieht Fellmann nicht. Im Gegenteil, er argumentiert, daß Sachverstand im eigenen Bereich politische Entscheidungen erleichtere. Einmal in all den Jahren hat er mit dem Gedanken gespielt, als Bundestagsabgeordneter nach Bonn zu gehen. Die Entscheidung fiel aber dann doch wieder für das alte Ständehaus in Düsseldorf, das ihm ans Herz gewachsen ist.

Schon auf der „humanistischen Penne“ entstand eine Liebe zu griechischen und römischen Münzen. Daraus ist ein Hobby geworden und ein Fachmann der Numismatik entstanden. Der Rest, der an der wenigen Freizeit noch verbleibt, wird fürs Lesen verwandt. Den Wallenstein von Golo Mann hat er gerade hinter sich, einen Solschenyzin vor sich. Doch Richard Fellmann kann auch herrlich viel Zeit aufs Plaudern verwenden, Stunden um Stunden. Und dann bleibt es nicht bei einem Gläschen Wein.

Lothar Bewerunge